



## **Integrationsausschuss**

### **38. Sitzung (öffentlich)**

19. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE) (Vorsitzender)  
Ingrid Hack (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

**5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)  
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)  
Vorlage 16/2175

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindliche Einzelplan 11 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die Finanzplanung 2014 bis 2018 mit Finanzbericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

- 2 Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen – Arbeitsmarktzugang sicherstellen** **8**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4590  
Ausschussprotokoll 16/590
- Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Der – mitberatende – Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen sowie gegen die Stimmen von Piraten und FDP, den Antrag abzulehnen.
- 3 Wirksame Bekämpfung von Menschenhandel nur in Verbindung mit nachhaltigen Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen möglich – Richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU** **10**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2891  
Ausschussprotokoll 16/614
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Piraten sowie bei Stimmenthaltung von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss, den Antrag abzulehnen.
- 4 Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern** **12**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6674 (Neudruck)
- abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Innenausschuss
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten sowie bei Stimmenthaltung der CDU empfiehlt der Ausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 5 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW** 15
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4164  
Ausschussprotokoll 16/537
- Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Innenausschuss
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten sowie bei Stimmenthaltung der CDU empfiehlt der Ausschuss, den Antrag abzulehnen.
- 6 Fachgespräch „Integrationslotsen“** 18
- Ausschussprotokoll 16/640
- Auswertung der Anhörung
- Aussprache 18
- 7 Landesregierung muss Hilfen für von Armutszuwanderung betroffene Städte leichter zugänglich machen** 19
- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5042
- Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache. 16/5095
- in Verbindung mit
- Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen**
- Antrag  
der Fraktionen der CDU  
Drucksache 16/5490  
Ausschussprotokoll 16/586
- Mitteilung der Vorsitzenden 19

- 8 Flüchtlinge in NRW brauchen einen Flüchtlingsbeauftragten und verbindliche Standards** **20**
- Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/152 (Neudruck)
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines  
Expertengesprächs.
- 9 Der humanitären Verantwortung gerecht werden – NRW braucht eine neue Flüchtlingspolitik** **21**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/7165
- Der Ausschuss vertagt die Beratung des Antrags. 21
- 10 Maßnahmen zur Unterstützung der von Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffenen Kommunen – Bericht der IMAG „Zuwanderung aus Südosteuropa“** **22**
- Vorlage 16/2392
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch StS Thorsten Klute (MBWSV) 22
- 11 Verschiedenes** **25**
- Der Ausschuss beschließt eine Anhörung zum CDU-Antrag „Personalgewinnung des Landes Nordrhein-Westfalen muss der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden“, Drucksache 16/6855, am 14. Januar 2015. 25
- Der Ausschuss beschließt, Vertreter des Migrationsausschusses der IG Metall NRW in die Sitzung am 4. März 2015 einzuladen. 25

## Aus der Diskussion

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)  
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)  
Vorlage 16/2175

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Arif Ünal** teilt mit, der Landtag habe in seiner 65. Sitzung am 10. September 2014 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolge.

Der Integrationsausschuss sei in erster Linie zuständig für das Kapitel 11 060 „Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter“ innerhalb des Einzelplans 11.

Der Haushalt sei in der Sitzung am 17. September 2014 durch Minister Schneider eingebracht worden. Am 22. Oktober 2014 habe der Ausschuss die Einzelberatung durchgeführt.

Entsprechend dem vereinbarten Zeitplan stehe heute die abschließende Beratung mit dem Votum an den federführenden Ausschuss an.

**Serap Güler (CDU)** erinnert an die in der letzten Sitzung gestellte Frage nach den Auswirkungen der Haushaltssperre auf die Förderung der Migrantenselbstorganisationen und bittet darum, ungeachtet der Tatsache, dass diese heute aufgehoben worden sei, diese nun zu beantworten.

**StS Thorsten Klute (MAIS)** lässt wissen, in der Tat sei die Haushaltssperre heute aufgehoben worden. Das Programm zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen sei innerhalb dieses Etats von dieser Haushaltssperre sicherlich am stärksten betroffen gewesen.

**AL Anton Rütten (MAIS)** führt aus, das Programm zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen teile sich in drei Förderbereiche, nämlich die Anschubfinanzierung, die Projektfinanzierung und die Organisation von Fortbildungen. Mit diesen Bereichen müsse unterschiedlich umgegangen werden. Durch den Aufschub aufgrund

der Haushaltssperre hätten sich für die Projektumsetzung neue Realitäten ergeben. Die nunmehr neuen Projektzeiträume nähmen Einfluss auf die Inhalte des geplanten Projekts.

Für die von ihm genannten Teile zwei und drei würden die betreffenden Organisationen, die am Ranking teilgenommen hätten und entsprechend aussichtsreich seien, aufgefordert, ihre Anträge so schnell wie möglich zu erneuern. Für den einfachen Teil der Anschubfinanzierung würden nun recht zügig Bewilligungen vorgenommen. Nach Aufhebung der Haushaltssperre habe man sofort mit der Bewilligungsbehörde, der Bezirksregierung Arnsberg, Kontakt aufgenommen. Diese habe bereits Entsprechendes vorbereitet. Dies werde nun so schnell wie möglich abgewickelt.

**Jutta Velte (GRÜNE)** schickt vorweg, dass noch ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Bereich Integration in den Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht werde. Gegenstand dieses Änderungsantrages werde das ZfTI sein.

Ihre Fraktion werde dem Haushalt zustimmen, auch wenn mit Blick auf den Flüchtlingsgipfel noch einiges eingearbeitet werden müsse. Insofern würden in den HFA und das Plenum noch entsprechende Anträge eingebracht.

Bei dem in Rede stehenden Haushalt handele es sich zwar um den kleinsten, aber möglicherweise auch um einen der effizientesten Haushalte im Lande, da mit dem wenigen Geld sehr sorgfältig umgegangen werden müsse. Vieles, was im Teilhabe- und Integrationsgesetz verankert sei, werde durch diesen Haushalt repräsentiert. Insbesondere begrüße sie, dass die Migrantenselbstorganisationen in diesem Haushalt verbindlich verankert worden seien.

Derzeit gebe es 49 Kommunale Integrationszentren. Sie hoffe, dass es zukünftig 54 würden.

Nach wie vor gebe es eine gute Förderung der Integrationsagenturen, die im Bereich Integration vor Ort eine gute Arbeit leisteten.

Da es sich bei der Integration um ein Querschnittsthema handele, erwarte sie, dass sich auch andere Ministerien an dieser Integrationsarbeit beteiligten. Dies komme in den jeweiligen Haushaltsplänen aber auch zum Ausdruck.

**Simone Brand (PIRATEN)** hält es nicht für zeitgemäß, dass der Integrationshaushalt der kleinste Haushalt sei. Sie begrüße, dass mit Blick auf den Flüchtlingsgipfel noch einiges in den Haushalt aufgenommen werden solle, verstehe aber nicht, weshalb dieser heute schon zustimmungsfähig sein solle.

Ihrer Ansicht nach müsse man sich mehr um die Aufnahmegesellschaft kümmern. In diesem Zusammenhang weise sie darauf hin, dass die Anzahl der Anschläge auf Asylbewerberheime in diesem Jahr doppelt so hoch sei wie in 2012 und 2013 zusammen. Vor dem Hintergrund werde ihre Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen, der sich ganz speziell mit dieser Problematik befasse.

**Ibrahim Yetim (SPD)** legt dar, der Haushalt zeige, dass das Teilhabe- und Integrationsgesetz Zug um Zug umgesetzt werde. Möglicherweise werde es an der einen oder anderen Stelle noch Verbesserungen geben. Entsprechende Anträge würden dann in den HFA eingebracht.

Integration betreffe fast alle Ministerien. Zwar sei es einer der kleinsten Haushalte, aber auch einer der wichtigsten.

Er begrüße, dass das Zentrum für Türkeistudien weiterhin unterstützt werde. Dieses Zentrum leiste sehr viel gute Arbeit im Bereich der Integration.

**Dr. Joachim Stamp (FDP)** ist mit der Integrationspolitik der Landesregierung nicht zufrieden. Beispielsweise wünsche er sich mit Blick auf die Kommunalen Integrationszentren mehr Flexibilität, was die Kooperation mit den Kommunen angehe.

Darüber hinaus sollte mehr getan werden, Jugendliche vor dem Abgleiten in den Salafismus zu bewahren. Für das Programm „Wegweiser“ stehe nicht ausreichend Geld zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werde es sicherlich nicht gelingen, ein flächendeckendes Programm zu entwickeln.

Des Weiteren finde er es nicht richtig, dass das, was auf dem Flüchtlingsgipfel verabredet worden sei, finanziell nicht hinterlegt werde.

Auf die wissenschaftliche Expertise des Zentrums für Türkeistudien sei man angewiesen. Insofern sollte dieses Zentrum weiterhin unterstützt werden.

Seine Fraktion werde den Haushalt ablehnen.

Der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindliche Einzelplan 11 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die Finanzplanung 2014 bis 2018 mit Finanzbericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

